

Stichwortinformation Weltwirtschaft und Gerechtigkeit

Sabine Plonz

Im Zeitalter der →**Globalisierung** sind annähernd alle wirtschaftlichen Aktivitäten in ein komplexes Netz von internationalen Beziehungen eingebettet. Produktion, Konsum, Handel und Investitionen geschehen im Rahmen der Weltwirtschaft. Der Grad der weltwirtschaftlichen Verflechtung ist von Land zu Land unterschiedlich, ebenso wie die Chancen auf ökonomischen Erfolg stark auseinanderklaffen. Sie beruhen auf der Entwicklung von Märkten, der Stärke der Unternehmen, dem Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, dem Zugang zu Ressourcen und der Infrastruktur des Landes. Die Politik kann durch nationale Gesetze und internationale Abkommen Rahmenbedingungen schaffen und versuchen, die weltwirtschaftliche Position des eigenen Landes zu verbessern oder auf Ausgleich von Benachteiligungen (Anderer) hinwirken. Sowohl ökonomischer Erfolg als auch politische Steuerungsmöglichkeiten sind Ergebnisse historischer Entwicklungen, gewachsener Strukturen und Ausdruck von Machtverhältnissen. Damit ist mit dem Thema 'Weltwirtschaft' auch das der 'Gerechtigkeit' gestellt.

1. STRUKTUREN DER WELTWIRTSCHAFT – FESTIGUNG DER UNGLEICHHEIT

1.1. *Wer regelt den Handel? Elemente der Welthandelsordnung*

Die Regierungschefs der stärksten westlichen Industriestaaten und Russlands, die G 8, treffen sich seit 1975 (damals 6 Staaten) jährlich zu einem 'Weltwirtschaftsgipfel', auf dem globale Leitlinien verabredet werden sollen. Gefeiert wurde der Kölner Gipfel 1999, dessen Beschlüsse als Meilenstein auf dem Weg zur Überwindung der Schuldenkrise der weltweit ärmsten Länder verstanden wurden. Im Jahr 2005 stach das von globalen Pop-Events begleitete Bekenntnis zur Überwindung der Armut hervor. 2007 standen die Selbstverpflichtung auf Klimaschutzziele, internationale Kontrolle riskanter Finanzspekulationen, staatliche Afrikahilfen und globale Gesundheitsprogramme im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.¹ Belastbare oder gar einklagbare Resultate werden bei diesen Treffen nicht erzielt. Die G-8 Treffen sind bei aller Bedeutsamkeit der verhandelten Themen symbolische Inszenierungen von Weltmacht. Rechtlich geregelt wird Weltwirtschaft in der Welthandelsorganisation und weiteren zwischenstaatlichen Abkommen sowie im Rahmen der Vereinten Nationen.²

¹ EED (Hg.), global & gerecht, Faltblatt / Beilage zur 'tageszeitung' am 06.06.2007, download über www.eed.de/welthandel.

² In jüngster Zeit sind zwei didaktisch aufbereitete Broschüren erschienen, die Informationen über die WTO, die Einzelabkommen und die Folgen für einzelne Wirtschaftsfelder bieten:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der BRD e.V. / Evangelischer Entwicklungsdienst, Hg., Mächte und Moneten. Welthandel im Alltagstest (o. J.); Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst / Ev. Lutherische Landeskirche Mecklenburgs, Hg., Global und gerecht. Eine Arbeitshilfe zur Globalisierung und Armutsbekämpfung, Stuttgart, Bonn 2007. Beide Broschüren können alternativ zur Bestellung auch als Dateien von den Homepages der Herausgeber herunter geladen werden. Dort finden sich weitere Dossiers zum Thema.

Basisinformationen, Zahlenmaterial und Grafiken stellt der 'Atlas der Globalisierung' zusammen: Le Monde Diplomatique (Hg.) Atlas der Globalisierung, Berlin 2003; Le Monde Diplomatique, Atlas der Globalisierung, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 2005 (zitiert als Atlas 1 bzw. Atlas 2).

Seit 2001 analysiert der Social Watch Report Deutschland (es gibt auch internationale Ausgaben) Fortschritte und Rückschritte der Armutsbekämpfung. Den von einem zivilgesellschaftlichen Bündnis herausgegebenen Bänden liegt jeweils ein Plakat mit Grafiken bei. In vorliegender 'Stichwortinformation' werden zitiert: DGB-Bildungswerk e.V., ddb-beamtenbund und tarifunion u.a. (Hg.), Social Watch Report. Deutschland 2002. Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung (Nr. 2), Bonn 2002 (zitiert als Social Watch 2002); DGB-Bil-

Die 1995 gegründete *Welthandelsorganisation (WTO)* hat das seit 1948 bestehende allgemeine *Zoll- und Handelsabkommen (GATT)* beerbt.³ Der von den Vereinten Nationen unabhängigen Welthandelsorganisation sind mittlerweile 150 Staaten beigetreten. Dazu gehören, nachdem China 2001 Mitglied wurde, alle großen Wirtschaftsmächte. Russland bemüht sich um seine Aufnahme. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich auf die Prinzipien der 'Nicht-Diskriminierung' und 'Meistbegünstigung', mit denen sie Vorteile grundsätzlich allen Handelspartnern einräumen und die Gleichbehandlung ausländischer Anbieter mit inländischen sicherstellen ('Inländerbehandlung'); zwischen einzelnen Staaten sollen Handelsvereinbarungen wechselseitig eingeräumt werden ('Reziprozität'). Die WTO will durch ein umfassendes Regelwerk auf die weltweite Angleichung von Standards für Produktion und Handel hinwirken. Infolgedessen werden sukzessive nationale Gesetze zugunsten auswärtiger Handels- oder Investitionsinteressen verändert. Es gibt jedoch keine Regeln zu Umwelt- oder Sozialstandards.

Bestandteil der WTO ist auch ein verbindliches *Streitschlichtungsverfahren*, durch das jeder Staat einen anderen (auf Schadensersatz) verklagen kann, wenn er sich in seinen Rechten verletzt sieht. In der Regel geht die Initiative dazu von großen Unternehmen aus.⁴ Mit Beginn der Tätigkeit der WTO traten neben dem GATT und dem Agrarabkommen auch das *Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)* und das *Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS)* in Kraft. Beide Vertragswerke räumen der Privatwirtschaft Vorrang vor staatlichen und öffentlichen Anbietern ein. Die Folge sind Privatisierung und Internationalisierung der öffentlichen Versorgung mit Energie, Transport, Kommunikationsdiensten und Wasser sowie die Patentierung und monopolartige Vermarktung von Pflanzen, Konsumgütern oder technischen Verfahren.⁵

Daneben bestehen weitere *kontinentale Abkommen* über die Schaffung *gemeinsamer Märkte*: der Europäische Binnenmarkt (1992), die nordamerikanische Freihandelszone mit Kanada, USA und Mexiko (NAFTA, 1994); die asiatische Freihandelszone der ASEAN-Staaten (AFTA, 1993), welche die Bevölkerung der EU weit übertrifft, sowie die für 2005 geplante, jedoch aufgrund starker Widerstände ins Stocken geratene Amerikanische Freihandelszone 'von Alaska bis Feuerland', einschließlich der Karibik (ALCA/FTAA).

In jüngster Zeit wurden zahlreiche *bilaterale Abkommen* geschlossen, die teilweise eingesetzt werden, um Hindernisse oder Gegenwehr auf der WTO-Ebene zu unterlaufen, spezifische Handelsinteressen zu verwirklichen oder die Unternehmensinteressen zu stärken (direktes Klagerecht gegenüber Staaten). Dieser Trend erschwert aus Sicht von Beobachtern das Erreichen von Entwicklungszielen, welche multilaterale Verpflichtungen erfordern.

dungswerk e.V., Diakonisches Werk der EKD u.a. (Hg.), Social Watch Report. Deutschland 2003. Die Armen und der Markt (Nr. 3), Bonn 2003 (zitiert als Social Watch 2003). Auch die Folgebände sind informativ.

Aktuell und kritisch bereiten Nichtregierungsorganisationen und Kampagnen auf ihren Homepages Weltwirtschaftsfragen auf: Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), Gerechtigkeit jetzt!, attac, inkota, Germanwatch, Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene, werkstatt ökonomie, Welthaus Bielefeld...

³ Zur Welthandelsordnung vgl. Atlas 1, 20-25; Atlas 2, 90-102.

⁴ Vgl. EED, Forum Umwelt & Entwicklung, Greenpeace e.V. (Hg.), Schiefelage mit System: Das Streitschlichtungsverfahren der Welthandelsorganisation (WTO). Stolperstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung (Autorin Elke Schmitz), Bonn 2005.

⁵ Zum GATS: Thomas Friz, Das GATS auf einen Blick, in: Social Watch 2003, 13. Im selben Band finden sich auch Beiträge zur Auswirkung der Privatisierung von Dienstleistungen auf die deutsche Grundversorgung. Zum TRIPS vgl. EED, Third World Network (Hg.), Geistiges Eigentum, Wettbewerb und Entwicklung (Verfasser: Marthin Khor), Bonn 2006.

Die *ökonomische Grundannahme von WTO und der übrigen Freihandelsabkommen* ist, dass alle Beteiligten durch Außenhandel profitieren, wenn sie sich auf die Produkte spezialisieren, in denen sie 'komparative Kostenvorteile' erzielen können. Kritiker halten dieses Theorem für zu abstrakt, nicht tragfähig und auch historisch für widerlegt: Erfolgreiche Nationen wie Großbritannien, Japan oder Südkorea haben lange auf Protektionismus gesetzt. Auch hat der Welthandel heute eine völlig andere Struktur als zur Zeit des Kolonialismus, als die Freihandelstheorie entwickelt wurde.⁶

Zweifel am positiven Effekt der komparativen Kostenvorteile im Rahmen des freien Welt Handels werden zudem genährt durch die langjährige Entwicklung der *Austauschbedingungen* von Handelsgütern. Auch Jahrzehnte nach Ende der Kolonialreiche setzt sich die damals von den Europäern etablierte 'Spezialisierung' mit Handelsprodukten fort und die Preisentwicklung wirkt zuungunsten der Entwicklungsländer: Verarbeitete Produkte wurden über den Zeitraum von 20 Jahren zwischen 1980 und 2000 fast um ein Viertel teurer. Die Preise für Nahrungsmittel hingegen pendelten sich auf gut der Hälfte des Niveaus von 1980 ein. Landwirtschaftliche Rohprodukte erlösten im Schnitt nur noch Zweidrittel der Erträge von 1980.⁷ Zudem bereiten die starken Preisschwankungen den primär mit Rohstoffen (außer Öl) und Nahrungsmitteln handelnden Ländern große Probleme. Nahrungsmittelproduzenten in Entwicklungsländern können überdies auf ihren Inlandsmärkten dem billigen Massenangebot aus dem 'Norden' nichts entgegensetzen, wodurch ganze Branchen in den Ruin getrieben werden.⁸ Da aber in Entwicklungsländern mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist (in der EU nur 4,5% und in den USA 2%), müssten gerade die Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten auf dem Land verbessert werden (trotz oder wegen der Verstädterungstrends in der 'Dritten Welt').⁹

Umfang und Komplexität der *WTO-Verhandlungen* begünstigen bisher die finanziell und personell dafür hervorragend ausgestatteten Industrieländer. Ein Vorwurf, dem sich Bundespräsident Köhler (FR, 01.06.2007) angeschlossen hat, ist daher, dass sie aus diesem Vorsprung heraus massive Interessenspolitik betreiben. Einerseits drängen sie auf Subventionsabbau und Marktöffnung bei den Entwicklungsländern, zahlen aber andererseits selbst hohe Subventionen, die sie als Forschungs- und Entwicklungsbeiträge in den Freihandelsabkommen absichern und schreiben Handelshemmnisse über Importquoten oder unter Durchsetzung allgemeiner 'Qualitätsstandards' fest (nicht-tarifäre Handelshemmnisse).

Damit ist aber auch das *zweite Basistheorem* der aktuellen Welthandelsordnung widerlegt: die Prognose, dass automatisch 'die Wohlfahrt steige', wenn für alle WTO-Mitglieder dieselben Bedingungen durchgesetzt sind. Vielmehr, so die Kritiker, seien Kräfte und Ausgangsbedin-

⁶ Vgl. die beiden Artikel von Jörg Seifert, Der Welthandel. Ideologiekritische Anmerkungen zum Pareto-Optimum; sowie: Entwicklungstheorie und Politik. Ideologiekritische Anmerkungen zu Ricardos Theorem komparativer Kostenvorteile, in: Armut und Eigentum. Memorandum zur Wirtschaftsdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (Redaktion: Kristian Hungar, Jörg Seifert), in: Ökumenischer Informationsdienst Nr. 2/1995, XIII-XV. Vgl. Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 1987, 90-97.

⁷ Social Watch, 2003, Plakat.

⁸ Beispiele wie der Fall der Geflügelproduktion (Kameruns) finden sich in: Märkte, Mächte und Moneten, 4-6; sowie EED (Hg.), WTO: Stimmen des Südens, Beilage zur tageszeitung, 12/2005 (download unter www.eed.de/welthandel), Atlas 2, 98f.

⁹ Atlas 2, 98-99.

Forum für Umwelt & Entwicklung zusammen mit: APRODEV, Forum for Biotechnology & Food Security (Hg.), Liberalisierung des Agrarhandels. Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO (Autor: Devinder Sharma, Neu-Delhi), Bonn 2006.

gungen der Länder so ungleichgewichtig verteilt, dass zunächst für Chancengerechtigkeit gesorgt werden müsse. Aufmerksam wird daher registriert, dass 'Entwicklungsländer' sich in jüngster Zeit zu größeren Interessensgruppen formieren (G 20, G 33), die Konferenzen über weitere Liberalisierungen auf dem Agrarsektor zum Scheitern brachten¹⁰.

Die Kritik an der 'ungleichen Gleichheit' der Welthandelsordnung wird gebündelt in dem anschaulichen Vergleich zwischen der täglich für eine EU-Kuh aufgebrauchten Subvention von rund 2,70 Dollar (Japan: 8 Dollar) und den durchschnittlichen 2 Dollar pro Tag, von denen 3 Mrd. Menschen leben müssen. Bildlich ausgedrückt: "Internationaler Handel zwischen meinem Land und dem Westen ist wie der Kampf einer Antilope und einer Giraffe um Nahrung in einer Baumkrone. Wenn man den Boden unter den Füßen ebnet, wird der Wettkampf immer noch nicht fair sein" (Robert Abogye Mensa, ehemaliger Generalsekretär des Christenrats von Ghana).¹¹

1.2. Wer profitiert vom Handel? Die Schere zwischen Arm und Reich

Die Welthandelsordnung strukturiert die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Beide Gruppen sind in sich sehr heterogen und kennen Auf- und Absteiger. Dennoch lassen sich Schwerpunkte und Trends der Entwicklung der Ungleichheit erkennen. Sie lassen sich zunächst anhand der *globalen Einkommensverteilung* beziffern. 1960 erzielte das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 30-mal mehr Einkommen als das ärmste Fünftel (→[Armut](#)); 1995 besaß dieses obere Fünftel bereits 82-mal mehr als das ärmste.¹² 9 von 10 Menschen der Welt müssen jährlich mit weniger als 5.000 Dollar überleben, während das Durchschnittseinkommen der alten EU-15 im Jahr 2002 an die 29.000 Dollar betrug.¹³ Auch innerhalb der Länder ist Reichtum sehr ungleich verteilt. So verfügen 10 % der US Bürger über 30 % der Einkommen des Landes – ähnlich wie in Indien. In Schweden besitzt das reichste Zehntel nur 20%; aber in Brasilien und Simbabwe verfügen diese oberen 10% sogar über 47% des Volkseinkommens¹⁴ (→[Verteilung](#)).

Noch deutlicher zeigt sich die Schere zwischen Arm und Reich, wenn man die Reichtumskonzentration bei wenigen Personen / Familien einbezieht. Sie lässt sich im Vergleich zu ganzen Weltregionen ausdrücken: Ende der neunziger Jahre besitzen die 15 reichsten Menschen ein Vermögen, welches das Bruttoinlandsprodukt (alle inländisch erzeugten Waren und Dienstleistungen, BIP) Afrikas südlich der Sahara übersteigt; das Vermögen der 84 reichsten Menschen übertrifft das BIP Chinas; die 225 reichsten Personen besitzen mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung.¹⁵ Diese Superreichen leben größtenteils im Einzugsbereich der global dominanten Finanz-, Kommunikations- und Transportzentren (→[Reichtum](#)).

'Der Wohlstand der Nationen' (Adam Smith) wurde lange Zeit mit dem *Bruttosozialprodukt* gemessen (BSP – auch Bruttonationaleinkommen – umfasst den Wert aller in einem Jahr produzierten Waren und Dienstleistungen plus der aus dem Ausland empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, abzüglich der von Ausländern im Inland erzielten Einkommen). Auch diese Kennziffer offenbart das globale Ungleichgewicht: So erwirtschafteten die USA

¹⁰ So in Cancún / Mexiko 2003, vgl. Atlas 2, 100-101.

¹¹ Zitiert nach: EED (Hg.), WTO: Stimmen aus dem Süden, S. IV.

¹² Hengsbach, Friedhelm, Die ändern im Blick. Christliche Gesellschaftsethik in den Zeiten der Globalisierung, Darmstadt 2001, 144.

¹³ Atlas 2, 45

¹⁴ Social Watch 2003, Plakat.

¹⁵ UNDP 1998, nach Social Watch 2002, Plakat, vgl. Atlas 2, 102f.

im Jahr 2000 ein BSP von 9.882 Mrd. Dollar, was rund 31 % des Weltsozialproduktes entsprach, während ihr Anteil an der Weltbevölkerung kaum 5 % beträgt (300 Mio. Einwohner bei 6,6 Mrd. Weltbevölkerung). Es folgen Japan mit 4.677 Mrd. Dollar (127,4 Mio. Einwohner) und Deutschland mit 1.870 Mrd. Dollar (82,4 Mio. Einwohnerinnen). Diese drei Länder erbrachten im Jahr 2000 bereits 50% des Weltsozialproduktes.¹⁶

Wirtschaftliche Stärke ist mit der Stärke einzelner Nationen im *Welthandel* verknüpft. Dieser wird zu rund 75 % von der 'Triade' der USA, der EU und Ostasien mit der Zentralmacht Japan bestritten. Dabei gehen in der EU rund 70% der Exporte in andere EU Länder; der innerregionale Handel Nordamerikas beträgt rund 40% und Asiens ca. 50%.¹⁷ Entsprechend finden sich in den Zentren der 'Triade' die Weltfinanzplätze und die großen Kommunikations- und Transportnetze (Luft und Seewege) sowie die Stammsitze der großen *Transnationalen Konzerne* (TNC – als 'transnational' werden Unternehmen bezeichnet, die im Ausland eine oder mehrere Tochtergesellschaften oder Beteiligungen an anderen Unternehmen haben). Die TNC sind Hauptverantwortliche für den starken *intraregionalen Handel* in der Triade¹⁸ und müssen zu den mächtigsten Akteuren der Weltwirtschaft gezählt werden. Es wird geschätzt, dass *konzerninterner Handel* der Multis rund 30% des gesamten Welthandels ausmacht.¹⁹ Die Erträge der transnationalen Konzerne übertreffen die Wirtschaftskraft vieler Staaten. So betrug der Umsatz des Einzelhandelskonzerns *Walmart* mehr als das Bruttosozialprodukt der 43 ärmsten Staaten; die Umsätze der großen Autokonzerne General Motors, Ford und Daimler Chrysler lagen gleich auf oder vor den Nationaleinkommen von Ländern wie Portugal und Griechenland.²⁰ Die Beschäftigtenzahlen, das Investitionsvolumen und das technologische Potenzial der großen Konzerne machen sie durchsetzungsfähig auch gegenüber der Politik. Zwischen den Interessen der TNC und den internationalen Freihandelsabkommen besteht daher ein enger Zusammenhang. Häufig geht die Erschließung von strategischen Ressourcen (wie Öl, Gas, Edelmetalle, Wasser) durch Aufbau von exportorientierter Infrastruktur und Ansiedlung neuer Produktionsstätten mit der Enteignung, Vertreibung und Entrechtung lokaler Bevölkerungsgruppen einher. Die Militarisierung betroffener Regionen, einschließlich ausländischer Interventionen, ist daher oft als Kehrseite von Freihandel und Direktinvestitionen der TNC zu verstehen.

1.3 Wer finanziert den Handel? Finanzwirtschaft und Verschuldung

Bereits Ende der neunziger Jahre wurden täglich mehr als einhundert Mal so viele Devisentransaktionen getätigt als für den Handel mit Waren und Dienstleistungen nötig gewesen wären. Anders gesagt: der Großteil aller internationalen Zahlungen gilt *Geschäften mit Geld- und Finanzkapital* und nicht der Güterproduktion und damit verbundenen Dienstleistungen. Das immense Wachstum der internationalen Finanzwirtschaft und die anhaltende Verschuldung der Entwicklungsländer sind zwei Seiten derselben Medaille.²¹

¹⁶ Atlas 1, 46f.

¹⁷ Atlas 1, 20-24; Atlas 2, 90f. Zum Vergleich: Südamerika handelt zu ca. 80 % mit Partnern außerhalb des Subkontinentes, Atlas, 2, 91. Demographische Angaben nach: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>.

¹⁸ Atlas 1, 24f

¹⁹ Atlas 1, 26f; Werkstatt Ökonomie: Multis, Markt und Krise. Unternehmensstrategien im Strukturbruch der Weltwirtschaft (Verfasser: Martin Gueck, Klaus Heide, Uwe Kleinert), Heidelberg 1992, 239-296, bes. 273-275

²⁰ Atlas 2, S. 56-57; Atlas 1, S. 30-31. Ekkehard Launer (Redaktion), Zum Beispiel Globalisierung, Göttingen 2001, S. 18, Die größten Konzerne der Welt, in: Frankfurter Rundschau, 18.03.2005, 25.

²¹ Atlas 1, 28-29, 32-33; Atlas 2, 86-89. Vgl. grundlegend: Elmar Altvater, Kurt Hübner, Jochen Lorentzen, Raúl Rojas (Hg.), Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin 1987;

Der Grundstein für diese Entwicklung wurde in den siebziger Jahren gelegt. 1971 gaben die USA die Gold-Parität des Dollars auf, womit sie die jederzeitige Einwechselbarkeit (Konvertibilität) des Dollars in Gold gewährleistet hatte; 1973 wurden die Wechselkurse zwischen den westlichen Industrieländern freigegeben; es entstanden die 'Eurodollarmärkte' (Kreditgeschäfte auf Dollarbasis außerhalb der USA), welche mit Beginn der Schuldenkrise der Entwicklungsländer und der Liberalisierung des Bankensektors vieler Länder rasch anwuchsen, besonders auch in den von staatlicher Kontrolle freien 'Offshore-Zentren'. Die Hochzinspolitik, mit der die USA zur Bewältigung ihrer Zahlungsprobleme in den siebziger Jahren Kapital aus aller Welt angezogen hatte, der große Kapitalbedarf der transnationalen Unternehmen, die ihre Direktinvestitionen im Ausland zunehmend durch Aktien- und Anleihen finanzierten, die Anlagemöglichkeiten suchenden großen Pensionsfonds (Vorrang kapitalbezogener Alterssicherung in den USA) und Versicherungsgesellschaften haben die Finanzmärkte zum Motor und weitgehend unkontrollierten Kontrolleur der Weltwirtschaft werden lassen. Beispiel: Calpers, der größte Pensionsfonds der USA, verfügte im Jahr 2006 über Aktiva in Höhe von 200 Mrd. Dollar und übertraf damit das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands.²²

Der Wegfall staatlicher Beschränkungen für Kapitaltransaktionen (Deregulierung) in den neunziger Jahren forciert das Wachstum der mittlerweile elektronisch vernetzten Finanzmärkte. In schneller Folge entstehen spekulative kurzfristig operierende Fondsgesellschaften, die Firmen kaufen, um sie mit Gewinn zu verkaufen, nicht um ein Unternehmen langfristig zu entwickeln. Generell rechnet es sich kurzfristig, auch aufgrund fehlender Besteuerung und Sozialverpflichtungen, in Finanzgeschäfte zu investieren. Eine durch hohe Gewinnbeteiligungen motivierte Managementschicht hat sich zudem vorrangig den Aktionärsinteressen verschrieben (shareholder value). Die Aussicht auf weltweit mögliche Kapitalrenditen übt Druck auf die großen Unternehmen aus, die ihn an den Faktor Arbeit weitergeben. Der kann weder im 'Süden' noch im 'Norden' damit konkurrieren.²³ Diese Entwicklung ist der Hintergrund des Heuschrecken-Vergleichs, der allerdings von der Politik selbst Lügen gestraft wird, wenn sie Staatsbetriebe wie die Deutsche Bahn zu Konditionen börsengängig macht, die sie als globalen Logistik-Konzern auf Aktionärsgewinne trimmt anstelle sie ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge – dem flächendeckenden Transport im Inland – zu verpflichten.

Die andere Seite der internationalen Finanzwirtschaft bildet die *Verschuldung* sowohl von Entwicklungs- als auch von Industrieländern. Während die Auswirkungen der Staatsverschuldung in letzteren moderat bleiben, weil sie sich refinanzieren können, wirkt sich die Verschuldung der ersten direkt auf die Überlebenschancen großer Bevölkerungsteile aus.²⁴ Die verfestigte, ihre Wirtschaftskraft übersteigende Verschuldung zahlreicher kleinerer Länder (Jamaika, Costa Rica, Sambia, Tansania, ...) zwingt ihnen Exportanstrengungen in Segmenten auf, von denen vor allem ihre Abnehmer profitieren oder lässt sie in die Kategorie der 'hoch verschuldeten und am geringsten entwickelten Länder' ('HIPICS') abfallen, die fast ohne Weltmarktpräsenz sind, über kaum Binnenstruktur verfügen und unter großen ökologischen Problemen leiden (Haiti; Subsahara-Region). Die Behauptung, dass Entwicklungsländer nicht

Hans-Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1996, 63-136.

²² Atlas 2, 89.

²³ Hengsbach, Die ändern im Blick, 141-146.

²⁴ 2003 stand Brasilien mit 211 Mrd. Dollar, Mexiko mit 174 Mrd. und Argentinien 119 Mrd. Dollar in der Kreide; die 40 einkommensschwächsten Länder 'schuldeten' zusammen 520 Mrd. Dollar. Vgl. Atlas 2, S. 86.

haushalten und zu viele Mittel verschwendeten, relativiert sich, wenn man zwei Dinge berücksichtigt:

Einerseits ist die *Zusammensetzung der ausländischen Mittel*, die in die Entwicklungsländer fließen, zu beachten. Entgegen der offiziellen Rhetorik ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttosozialprodukt der Geberländer kontinuierlich gesunken und erreichte 2001 einen historischen Tiefstand.²⁵ Dem stehen Überweisungen der Millionen von Emigrantinnen und Emigranten in ihre Heimatländer gegenüber, die in Extremfällen wie Nicaragua mit 788 Mio. Dollar (2004) mit den Exporterlösen des Landes gleichziehen. Aber auch in großen Ländern wie China, Indonesien, Indien, Philippinen, Mexiko, Ecuador, Kolumbien gehen diese Zahlungen in die Milliarden.²⁶ Nach Beginn der Schuldenkrise 1982 sind über Jahre kaum Bankkredite und wenig Direktinvestitionen in die Schuldnerländer geflossen. Vielmehr investierte privates Kapital von großen Investmentfonds in Wertpapiere und Anleihen der 'interessanteren Staaten' Asiens und Lateinamerikas. Diese Anlageformen aber sind krisenanfällig, wie sich 2002 am Zusammenbruch der Währung Argentiniens auf dramatische Weise zeigte, als die Banken schlossen, niemand mehr Lohn abheben oder Rechnungen bezahlen konnte und große Teile der Mittelschicht verarmten. Auch andere Finanzkrisen von 'Schwellenländern' mussten mit kurzfristig gewährten Großkrediten überbrückt werden.

Andererseits flossen in den neunziger Jahren hohe Zinszahlungen auf die Auslandsschulden. So betrug im Jahr 2000 der *Nettoabfluss von Finanzressourcen aus den Entwicklungsländern in die Industrieregionen* 186,4 Mrd. Dollar.²⁷ Die ärmste Region, die Staatengruppe südlich der Sahara, hat seit 1995 jährlich 1,5 Mrd. Dollar mehr in den Norden transferiert als sie von dort erhielt.²⁸ Die Zinszahlungen der Entwicklungsländer halfen in den achtziger und neunziger Jahren den globalisierten Finanzkapitalismus zu entfalten.

Als *Financier und Katalysator für Umschuldungen* hat sich über Jahrzehnte der *Internationale Währungsfonds (IWF)* betätigt, der als Instrument der Zusammenarbeit und Kontrolle der Währungspolitik und zum Ausgleich von kurzfristiger Kapitalknappheit seiner Mitgliedsstaaten gedacht ist. IWF-Kredite an Entwicklungsländer werden mit der Auflage zur Haushaltskonsolidierung durch Sozialabbau und Deregulierung sowie zu Export fördernden 'Struktur Anpassungsmaßnahmen' vergeben. Diese Prinzipien waren 1989 im 'Washington Consensus' fixiert worden.²⁹ Sie eröffnen dem ausländischen Kapital attraktive Investitionsmöglichkeiten auf dem Energie-, Wasser-, Telekommunikations- oder Transportsektor und sichern den Industrieländern billige Importe landwirtschaftlicher Produkte und wichtiger Rohstoffe. An dieser Stelle kommt die zweite UN-Sonderorganisation ins Spiel: die *Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)*, kurz: *Weltbank*, die wie der IWF 1944 gegründet wurde. Weltbankprogramme favorisieren vornehmlich exportorientierte Großprojekte mit hohen sozialen und ökologischen Folgekosten. Entwicklung als Überwindung von Armut erfordert aber Programme, die unter demokratischer Regie, lokal angepasst Beschäftigung und Einkommen fördern.

IWF und Weltbank werden von Entwicklungsländern, Forscherinnen und der Dritte Welt Bewegung kritisch hinterfragt. Aufsehen erregten Ende der siebziger Jahre die wachstumskri-

²⁵ Social Watch 2003, Plakat.

²⁶ Atlas 2, 85.

²⁷ Social Watch 2003, Plakat.

²⁸ Atlas 2, 87.

²⁹ Social Watch, 2002, S. 34.

tische Wende des langjährigen Weltbankdirektors Robert Mc Namara, der seinerzeit die Arbeit der Brandt-Kommission mit dem bekannten Bericht "Das Überleben sichern" (1980) anstieß und in letzter Zeit die Globalisierungskritik ihres früheren Chefökonomens Joseph Stiglitz.³⁰ Obwohl die Weltbank rhetorisch umschwenkte und zum Beispiel auch Genderprogramme auflegte, ist sie weiterhin für zerstörerische Investitionsförderung in Entwicklungsländern und Interessensvertretung ausländischen Kapitals verantwortlich.³¹ Der IWF sieht sich in jüngster Zeit einem Legimitäts- und Bedeutungsverlust gegenüber. In Asien und Lateinamerika entstehen eigene regionale Währungsfonds. Länder wie Brasilien, das aufgrund seiner aktuellen Exportstärke (Soja, Rindfleisch) Schulden abbauen konnte und Venezuela, das im Vertrauen auf seinen Ölreichtum dem IWF den Rücken kehren will, zeigen, dass die 'Schwellenländer' nach Alternativen unter eigener Kontrolle suchen und dass sich die Landschaft der Zweidrittelwelt ausdifferenziert.

Als vielleicht entscheidende *Inстанz des internationalen Schuldenmanagements* ist der '*Pariser Club*' zu nennen. Diese seit 50 Jahren bestehende 'informelle Vereinigung' der wichtigsten Gläubigerländer mit Geschäftsstelle im französischen Finanzministerium bestimmt bei ihren monatlichen Tagungen die Leitlinien der IWF-Politik und trifft Entscheidungen über Umschuldungen einzelner Länder (bis 2006 beliefen diese sich nach eigenen Angaben auf 509 Mrd. Dollar). Neben der inhaltlichen Ausrichtung wird die demokratische und völkerrechtliche Legitimation des 'Pariser Clubs' in Frage gestellt.

Seit Beginn der Schuldenkrise vor 25 Jahren sind viele Lösungsmodelle diskutiert und probiert worden – ohne die Strukturen der Ungleichheit aufzubrechen, zumal die viel bedeutsamer gewordenen Schulden bei privaten Gläubigern noch weitgehend außen vor bleiben. Auch der Schuldenerlass, der vom G 8 Gipfel von Köln angekündigt wurde, hat erst wenige Länder erreicht. Er wird vom Bestreben der EU, in einem 'Wirtschaftspartnerschaftsabkommen' (EPA) die AKP Staaten (ehemalige Kolonien in Afrika, Karibik und Pazifik) zu neuen Handelsliberalisierungen zu drängen, konterkariert.³² Anders gesagt: die Aufrechterhaltung der Ungleichgewichte in der Welthandelsordnung steht im Widerspruch zum Interesse an Entschuldung und Entwicklung mit fairen Chancen für die Ärmsten.

2. SUCHE NACH ALTERNATIVEN – FRAGEN NACH GERECHTIGKEIT

2.1. Weltwirtschaft und Entwicklung auf der Ebene der Vereinten Nationen

Die UNO mit ihren Unter- und Nebenorganisationen stellt das wichtigste Forum der zwischenstaatlichen Entwicklungsdebatte über eine gerechtere Weltwirtschaft dar (auf Umwelt- und Friedensfragen kann in dieser Stichwortinformation nicht eingegangen werden). Bereits 1974 formulierten die Entwicklungsländer bei der IV. Welthandelskonferenz (UNCTAD) ihre Forderung nach einer '*Neuen Weltwirtschaftsordnung*' (NWWO). Dafür sollte eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen werden, die auf bessere Chancen der Entwicklungsländer im Welthandel und gerechtere Preise für ihre Produkte abzielten. Die Generalversammlung beschloss die Charta über die "wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten", die das Selbstbestimmungsrecht auf einen eigenen wirtschaftlichen Weg betonte. Die Debatte über

³⁰ Susan George/Fabrizio Sabelli, Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank, Hamburg 1995; Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch, 25-28; 309-322.

³¹ Beispiel: "Weltbank unterstützt Goldabbau in Ghana", www.tagesschau.de, 28.05.2007. Fallstudien zu ähnlich problematischen Großprojekten erstellt auch FIAN - FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (www.fian.de).

³² Brot für die Welt, EED, u.a. (Hg.), EPA 07, Beilage in der 'tageszeitung' am 09.03.2007.

die NWWO lief sich aber fest und wurde durch die GATT Runden und die WTO-Gründung institutionell aufs Abstellgleis geschoben.³³

Ein wichtiges Instrument der Beurteilung weltwirtschaftlicher Entwicklungen hat das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) mit dem *Index der menschlichen Entwicklung (HDI)* geschaffen, der außer dem volkswirtschaftlich erzielten Einkommen (Bruttosozialprodukt) Daten wie Lebenserwartung, Alphabetisierungsgrad, Pro Kopf Einkommen u.a. einbezieht. Er wurde noch um einen *Index geschlechtergerechter Entwicklung (GDI)* ergänzt. 2005 arbeitete der jährliche UNDP-Bericht heraus, dass eher solche Staaten ihre Position auf der Weltentwicklungsskala verbessern, in denen der Reich-Arm-Gegensatz weniger stark ausgeprägt ist. Ergänzend sind die im Fünfjahresturnus erscheinenden *UN-Berichte zur Lage der Frauen*, die Berichte des Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) und der Weltbank heranzuziehen.³⁴

Die neunziger Jahre standen im Zeichen der *großen UN Konferenzen* zu Umwelt und Entwicklung (Rio 92 / Johannesburg 2002), Menschenrechten (Wien 93), Bevölkerung (Kairo 1994), Armut und soziale Entwicklung (Kopenhagen 95), Frauen (Peking 95), Habitat (Istanbul 96) und Ernährung (Rom 96). Auf allen Konferenzen wurden weltwirtschaftliche Fragen und damit verbunden Gerechtigkeit für die Armen thematisiert. Dabei wurden zunehmend Bürgerbewegungen, Initiativen und Netzwerke einbezogen bzw. diese Gruppen meldeten sich selbst als Lobbyisten für Gerechtigkeits- und Umweltfragen zu Wort. Der vorige UN-Generalsekretär Kofi Annan hat versucht, die Brücke zu den transnationalen Unternehmen zu schlagen und zu einem *Global Compact* aufgerufen, der für privatwirtschaftliches Engagement in Aufgaben der Entwicklungsförderung wirbt – mit bescheidener Resonanz.

Anlässlich der Jahrtausendwende verpflichtete sich die UN-Vollversammlung zum Jahr 2015 die *Millenium Development Goals (MDG)* umzusetzen, wie etwa die Halbierung der Armut, die Sicherstellung von Trinkwasserzugang für doppelt so viele Menschen, die Gleichstellung der Geschlechter, ... Diese Erklärung dient, in Verbindung mit den Menschenrechtskatalogen, zu denen seit ihrer Ratifizierung 1976 auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gehören, derzeit als politisch-ethischer Referenzrahmen. Zur Halbzeit der anvisierten Periode hat der Ökonom Jeffrey Sachs einen Bericht vorgelegt, der vor allem für das südliche Afrika und damit für die Gruppe der extrem armen Länder sehr skeptisch ist.

2.2. Zivilgesellschaftliches Engagement

Was können Bürgerinnen und Bürger zur Veränderung der Weltwirtschaft hin zu mehr Gerechtigkeit beitragen? Am bekanntesten dürften in den Kirchen der 'faire Handel', die nicht-staatlichen, einschließlich der kirchlichen Entwicklungsorganisationen mit ihren Projekten und Kampagnen, die Bildungsangebote von Eine Welt-Zentren sowie die Veröffentlichungen von kritischen Nichtregierungsorganisationen sein.

Darüber hinaus ist auf den wachsenden Sektor der '*solidarischen Ökonomie*' hinzuweisen. Vorrangig handelt es sich um die Bildung von Genossenschaften zur Stärkung kleiner Produzenten; in der Ökumene ist *oikocredit* (ursprünglich: "ökumenische Kreditgenossenschaft") bekannt, die Kleinkredite und günstige Darlehen aus Mitteln ihrer Teilhaber vergibt. Solidarische Ökonomie setzt auf Selbsthilfe, Gegenmacht durch Vernetzung und politische Ausei-

³³ Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch, 15-28, 329-336.

³⁴ Sämtliche Analysen sind leicht zugänglich über Medienberichte und die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit; sie lassen sich über die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (<http://www.dgvn.de>) beziehen und werden auch über die jeweils zuständigen Ministerien (<http://www.bundesregierung.de/>) sowie von der Bundeszentrale für politische Bildung in deutscher Sprache vertrieben (<http://www.bpb.de/>)

andersetzung mit den Strukturen der ungerechten Weltwirtschaft. Brasilien ist eines der Länder, in denen dieser Sektor sprunghaft wächst. Nicht zufällig ist es dasselbe Land, in dem das Weltsozialforum beheimatet ist. Porto Alegre, mehrfacher Tagungsort, ist die Stadt, in der mit dem 'Bürgerhaushalt' eine systematische Beteiligung der Bevölkerung am Einsatz kommunaler Mittel erprobt wurde und die einen hohen Lebensstandard sowie eine geringere soziale Schere als andere Landesteile aufweist.

Von großer Bedeutung ist die öffentliche Artikulation der Bevölkerung. In Lateinamerika mobilisieren *Protestbewegungen* gegen Freihandels- und Infrastrukturpläne, welche Strukturen der Ungleichheit zu vertiefen drohen. Anders als bei der Schaffung des europäischen Binnenmarktes oder der Debatte des EU Verfassungsentwurfs haben sich dort Millionen an Unterschriftenaktionen und Hunderttausende an Demonstrationen und zivilen Ungehorsam beteiligt. In Europa gehört *attac* zu den Netzwerken, die sich kritisch zu globaler und nationaler Ungerechtigkeit engagieren. Bei der Gründung von *attac* in Frankreich standen zunächst Forderungen nach Regulierungen der globalen Finanzmärkte und die Einführung einer Spekulationssteuer (Tobin Tax) im Mittelpunkt.³⁵

Die (internationalen und lokalen) sozialen Bewegungen, neue Formen demokratischer Beteiligung, solidarische Ökonomie (einschließlich des fairen Handels) und Engagement von kirchlichen und säkularen Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit sind Elemente der Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger den mächtigen Akteuren der Weltwirtschaft mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung abzurufen versuchen.

Die Kampagne '*Gerechtigkeit jetzt!*', zu der kirchliche Hilfswerke, entwicklungspolitische und internationalistische Initiativen aufrufen, fasst programmatisch zusammen: "Um das globale Handelssystem in ein neues, zukunftsfähiges Gleichgewicht zu bringen, müssen Armutsbekämpfung, Umweltschutz und der Durchsetzung der Menschenrechte Vorrang eingeräumt werden. Dazu müssen die Welthandelsregeln den internationalen Abkommen, Vereinbarungen und Initiativen untergeordnet werden, die diesen Zielen dienen und bereits größtenteils in den Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsabkommen der UN völkerrechtlich vereinbart wurden. Zu nennen sind hier insbesondere die Verpflichtung, die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren (Millenniums Development Goals der Vereinten Nationen), die Umsetzung der Verpflichtungen der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen (1966) und der UN-Weltmensenrechtskonferenz von Wien (1993), die ILO-Konventionen und die multilateralen Umweltabkommen."³⁶

2.3. Ökumenische Sozialethik – Forderungen nach Gerechtigkeit

Die Auseinandersetzung mit Weltwirtschaftsfragen und Gerechtigkeit hat in der ökumenischen Sozialethik eine lange Tradition. Gleichzeitig gehören ihre Einsichten und ethisch-theologischen Folgerungen zu den "bestgehüteten Geheimnissen der Kirche", wie eine internationale Konsultation der europäischen Entwicklungswerke feststellte.³⁷ Von derselben Konsultation wurde, wie bereits bei zahlreichen Tagungen des ÖRK oder der konfessionellen Weltbünde, zu mehr Engagement in der 'ökonomischen Alphabetisierung' und zur Einmi-

³⁵ Ruth Jung (Hg.), *Attac: Sand im Getriebe*, Mit Beiträgen von José Saramaga, Ignacio Ramonet, Bernard Casen, Hamburg 2002.

³⁶ Zu wessen Nutzen? Wie das Welthandelssystem umgestaltet werden muss, damit es den Menschen und der Umwelt nützt, <http://wto.gerechtigkeit-jetzt.de>.

³⁷ Zitiert nach: Jürgen Reichel, Ökumenischer Konsultationsprozess über Christenheit, Armut und Reichtum, in: *Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum*, Lesebuch zur Vorbereitung der 5. Tagung der 10. Synode der EKD vom 5.-9. November 2006 in Würzburg, Hannover 2006, 49.

schung der Kirchenmitglieder aufgerufen, mit der sie ihr karitatives Handeln ergänzen sollten. Aus der Vielzahl der Studien, Stellungnahmen und Beschlüsse seien hier einige benannt, die sich zu den oben vorgestellten prägenden Faktoren der Weltwirtschaft verhalten.³⁸

Im ÖRK wurde seit den Vollversammlungen in Uppsala 1968 und in Nairobi 1975 für das Leitbild einer *gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft* geworben. Im Rückblick stellt sich heraus, dass dieses Leitbild angesichts von Armut, Ungleichheit und ökologischer Bedrohung hochaktuell ist und in den öffentlichen Sprachgebrauch eingegangen ist. Die Entwicklungsdenkschrift der EKD von 1973 greift die globalen Herausforderungen von Armut auf, die in den weltmissionarischen und ökumenischen Beziehungen der Kirche präsent sind. Sie gilt bis heute als Meilenstein der Begründung und Verankerung entwicklungspolitischen Engagements im kirchlichen Handeln.³⁹ Die *Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen (GKKE)* bekräftigte 1976 die Prinzipien der *Leistungs-, Start- und Verteilungsgerechtigkeit* und analysierte die Mechanismen der Weltwirtschaftsordnung entsprechend kritisch: "Die derzeitigen Preise und Tauschbeziehungen auf dem Weltmarkt wären nur dann leistungsgerecht, wenn man die Startbedingungen der Tauschpartner als vergleichbar ansehen könnte... Die Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftsschwächeren Länder muss daher über Strukturveränderungen entscheidend verbessert und auch institutionell gesichert werden." Die GKKE folgerte, dass damit auch ein *Machtverzicht der Industrieländer* nötig sei.⁴⁰ Auf diesen Machtkonflikt verwies auch das Evangelische Missionswerk in Deutschland e.V. anlässlich der Weltmissionskonferenz 1980 über das Thema 'Dein Reich komme!' – und löste damit Kontroversen im Bereich der EKD und evangelikalen Gruppen aus.

In den achtziger Jahren erschienen mehrere sozialetische *Studien zu den multinationalen Konzernen und zur Schuldenkrise*. Sie rücken die 'Option für die Armen' und die Forderung nach Gerechtigkeit in weltwirtschaftlichen Strukturen ins Zentrum. Eine ÖRK Studie über "Das internationale Finanzsystem" nannte als *Kriterien wirtschaftlicher Gerechtigkeit* die Erfüllung der Grundbedürfnisse, den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu den Ressourcen, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, ökologische Überlebensfähigkeit und Eigenständigkeit / Unabhängigkeit bei der Entwicklung der Gesellschaft, ...⁴¹ Auch EKD und die katholische Deutsche Bischofskonferenz griffen die seinerzeit von der kirchlichen und säkularen Eine Welt Bewegung stark diskutierten Themen auf. Die deutschen Kirchenleitungen setzten auf *Dialoge* mit den politisch und ökonomisch mächtigen Akteuren. Ihre Forderung nach der Etablierung von verbindlichen *Verhaltensregeln* für transnationale Konzerne spielt heute in einer Reihe von Kampagnen (Produktion von Bekleidung, Sportartikeln, Teppichen, Kaffee, Spielzeug, ...) eine Schlüsselrolle.

³⁸ Stierle, Wolfram/Werner, Dietrich/Heider, Martin, Hg., Ethik für das Leben. 100 Jahre Ökumenische Wirtschafts- und Sozialetik, Rothenburg 1996. In den letzten Jahren sind mehrere deutschsprachige Darstellungen der Ökumenischen Sozialetik erschienen, u.a. von Martin Robra, Wolfram Stierle und Kurt Zaugg-Ott. Eine aktuelle Bilanz bietet: Quo vadis Ökumene? Weltgestaltung im Zeitalter der Globalisierung, hg. von Martin Eberle und Sören Asmus (Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 76), Frankfurt 2005.

³⁹ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt, Gütersloh 1973.

⁴⁰ Zitiert nach: Wolfgang Lienemann, Gerechtigkeit. Ökumenische Studienhefte 3, Göttingen 1995, 79 (Herman Kunst, Heinrich Tenhumberg (Hg.), Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung, München 1976, Nr. 18).

⁴¹ ÖRK (Hg.), Das internationale Finanzsystem. Eine kritische Stellungnahme aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen (engl. 1984), dt: Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst Heft 38, Frankfurt 1987, dort 15f. Vgl. Lienemann, Gerechtigkeit, 170f.

Ein weiterer Strang in der ökumenischen Gerechtigkeitsdiskussion ist die Auseinandersetzung mit der *ideologisch-theologischen Seite der Weltwirtschaft*. Im protestantischen Umfeld wird unter Rückgriff auf befreiungstheologische Gesellschaftskritik, biblische Götzenkritik und die Barmer Theologische Erklärung ein Bekenntnis gegen die tödlich wirkenden Strukturen und Glaubenssätze des Weltwirtschaftssystems, besonders der neoliberal-marktradikalen Globalisierung, gefordert.⁴² Kirchen, Theologinnen und Theologen in der Ökumene haben sich angesichts der Schulden- und Finanzkrisen ähnlich geäußert (u.a. Lutherischer Weltbund, Süd-Süd-Forum Reformierter Kirchen).

Sowohl der ÖRK als auch die konfessionellen und kontinentalen ökumenischen Räte thematisierten seit Ende der neunziger Jahre die *Folgen der Globalisierung*. Bei seiner Vollversammlung 1998 in Harare bekräftigt der ÖRK die Forderung nach einer 'gerechten und nachhaltigen Gesellschaft'. In Porto Alegre 2006, wo zum ersten Mal mit dem Konsensverfahren gearbeitet wurde, akzeptierte das Plenum ein Gebetsformular zu den Herausforderungen der Globalisierung. In Deutschland haben zahlreiche Landessynoden und die EKD über Globalisierung diskutiert, die Verantwortung der Reichen benannt, aber kaum Machtkritik an den Strukturen der Ungleichheit geübt.

Die EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung stellte 2005 unter Bezug auf die *Millennium Development Goals* Defizite der aktuellen Entwicklungszusammenarbeit, in der Bewältigung der Schuldenkrise und in der Welthandelspolitik fest und nennt Schritte zur nachhaltigen Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiet.⁴³ Dabei betont sie, dass das *Streben nach Gerechtigkeit Vorrang vor Eigeninteressen der Industrieländer* habe und Entwicklungspolitik nicht für sicherheitspolitische Zwecke instrumentalisiert werden dürfe.

Es bleibt das Desiderat der Welthandelskampagne 'Gerechtigkeit jetzt!' und der weltweit Betroffenen, die von den Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechte zum Maßstab der Weltwirtschaftspolitik zu machen.

Lesetipps:

Zeitschrift: Eins. Entwicklungspolitik. Information Nord-Süd, Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M. (erscheint zweimal im Monat – www.entwicklungspolitik.org/)

Zeitschrift: Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (erscheint monatlich im Eigenverlag der Redaktion - www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/)

Entwicklungspolitik online: <http://www.epo.de/>

⁴² So der Reformierte Weltbund bei seiner Vollversammlung in Accra/Ghana, 2004. Vgl. aber bereits: Ulrich Duchrow, *Weltwirtschaft heute – ein Feld für Bekennende Kirche?* München 1986.

⁴³ Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD zur Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im September 2005, EKD Texte 81, Hannover 2005.

Bereits 1996 hatte die Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst einen Studienband zur menschenrechtlichen Fundierung der Entwicklungsdiskussion veröffentlicht: Lothar Brock, in Verbindung mit dem Kirchenamt der EKD (Hg.), *Menschenrechte und Entwicklung*. Beiträge zum ökumenischen und internationalen Dialog, Frankfurt 1996.